

# Mitglieder-Info

## September 2008

### Liebe Genossinnen und Genossen,



Durch phantasievolle Aktionen Öffentlichkeit schaffen

nach der Sommerpause haben auch Bürgerschaft und Bezirksversammlungen ihre Arbeit wieder aufgenommen. Einmalig ist, dass die schwarz-grüne Mehrheit in Altona beschlossen hat, die Bezirksversammlung Ende August wegen »Thememangels« ausfallen zu lassen – ein Musterbeispiel für demokratische Gesinnung und »Bürgernähe« der Altonaer Koalition.

Auf Landesebene stehen nun für Schwarz-grün die Wochen der Haushaltswahrheit an. Im Wahlkampf hatten Bürgermeister von Beust und sein Finanzsenator Freytag noch mit dem Argument gepunktet: Das Land Hamburg werde künftig ohne neue Schulden auskommen. Der Landesrechnungshof hat dies in einer wenige Wochen nach den Wahlen vorgelegten Zwischenbilanz schon als bloßen Wahlkampftrug entlarvt. Trotz milliardenschwerer Vermögensverkäufe und Überschüssen in Millionenhöhe ist Hamburg von einem »ausgeglichenen Haushalt« weit entfernt:

- In der gültigen Finanzplanung bis 2011 existiert ein Defizit von 1,6 Mrd. Euro.
  - Hinzu kommen rund 800 Mio. Euro Ausgaben in den letzten Monaten vor dem Ende der Legislaturperiode, für die es keine Deckung gibt.
  - Außerdem hat die kreative Haushaltsführung des alten CDU-Senats zum Aufbau von ca. 1,2 Mrd. Euro »Ausgabenresten« geführt, für die keine Finanzmittel veranschlagt worden sind.
  - Die Mehrausgaben aus dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag (z.B. für Schulreform, Abschaffung der Vorschulgebühr und Gebühr für das letzte Kita-Jahr) kommen noch oben drauf: geschätzte weitere gut eine Milliarde Euro.
- Der Hamburger Bürgermeister und sein Finanzsenator zeigten wegen der Wahlkampftrüge vom ausgeglichenen Haushalt keine Schamröte und vertrösteten alle KritikerInnen auf die Haushaltsberatungen im Herbst. Die stehen nun ins Haus.

Trotz der bemerkenswert guten Wirtschaftskonjunktur in Hamburg und bisher noch deutlich gestiegenen Steuererträgen (die abflauende Konjunktur macht sich erst später bemerkbar) werden die kurzen Lügenbeine der schwarz-grünen Koalitionäre immer besser erkennbar.

So gibt es trotz rückläufiger Konjunktur offenkundig Überlegungen über Steuererhöhungen – bei der Grund- und Gewerbesteuer. Wichtigstes Hilfsmittel auch des schwarz-grünen Senats sind weiterhin hohe Privatisierungserlöse vor allem durch Grundstückverkäufe. Schließlich hat der Finanzsenator bereits Erfahrungen mit Nebenhaushalten, d.h. der Auslagerung von Ausgaben in der Stadt gehörende Unternehmen. Durch eine solche Operation wird die Schuldenwirtschaft fortgeführt, aber im eigentlichen Bereich des öffentlichen Haushaltes scheint alles in Ordnung. Diese Operation hat außerdem noch den Charme, dass wichtige Investitionsausgaben der öffentlichen Kontrolle durch die Bürgerschaft entzogen sind.

Um die Defizite auszugleichen, will der Senat zusätzlich zur Inanspruchnahme von Privatisierungserlösen und Haushaltsreserven (allein 2009 sollen 1,5 Mrd. Euro aus Rücklagen, die in den letzten Jahren u.a. aus Steuererhöhungen und Immobilienverkäufen angesammelt wurden, in den Haushalt gepumpt werden) städtische Unternehmen zur Kasse bitten. Mindestens die Zinsgewinne, wenn nicht gar Teile aus dem Verkaufserlös der Anteile der Hafen- und Logistik AG, sollen nicht in den Hafen investiert, sondern in den Haushalt transferiert werden. Geplant ist zudem eine massive Ausweitung der ÖPP-Geschäfte (Öffentlich-Private-Partnerschaften) – einer verdeckten Form der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Dazu gehört z.B. die fortgesetzte Verlagerung der Sanierung und Betreuung von Schulgebäuden. Rund weitere 400 Schulgebäude mit einem Sanierungsbedarf von ca. drei Mrd. Euro sollen an die SAGA GWG quasi »verschenkt« werden. Das stadteigene öffentliche Unternehmen soll mit Krediten den Investitionsstau im Schulbereich beheben. Außerdem ist daran gedacht, den jährlichen Zuschuss an die Hamburg Port Authority zu reduzieren. Die anstehenden Investitionsprojekte werden an öffentliche Unternehmen weitergereicht. So soll die Hafenbahn mit dem geplanten Ausbauprogramm von 500 Mio. Euro von der Hochbahn AG übernehmen werden.

Zusammengefasst: Mit Haushaltstricks will der schwarz-grüne Senat die Finanzdefizite kaschieren. Die unverzichtbaren Investitionen werden auf öffentliche Unternehmen verschoben, die dafür Kredite aufnehmen. Daneben müssen wir uns in etlichen Bereichen auf neuerliche Runden der sattsam bekannten »Sparpolitik« einstellen. All diese Operationen haben ein Ziel: Das Wahlversprechen, dass ein Senat mit CDU-Beteiligung keine neuen Schulden macht, soll formell eingelöst werden. Gleichwohl: Alle Beteuerungen von einer zukunftsorientierten, soliden Finanzpolitik werden täglich mehr als Illusion entlarvt.

Auf **Bezirksebene** konnte von einem »Sommerloch« keine Rede sein. Die schwarz-grüne Koalition hat in der Zeit fehlender parlamentarischer Kontrolle (dreimonatige Pause der Bezirksversammlung, die erst Ende September wieder tagt)

ihre Politik des Ausverkaufs von öffentlichem Eigentum mehr oder weniger ungestört fortgesetzt. Die Liste der schwarz-grünen Privatisierungsvorhaben ist lang (siehe dazu auch den Beitrag von Robert Jarowoy und Bernhard Müller), und wir hatten als Partei und Fraktion Mühe, die Öffentlichkeit über die vielen skandalösen Vorgänge zu informieren und unsere Gegenpositionen zu formulieren. Im Zentrum der Altonaer Politik in den letzten Wochen: der geplante Verkauf der Altonaer Kleingärten, um einen erweiterten Autobahndeckel über die A7 zu finanzieren. Die Bürgerinitiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum« hat dagegen ein Bürgerbegehren auf die Beine gestellt, das wir kräftig unterstützen.



Kleingärten in Altona erhalten

Dass wir durch unsere konsequente und konstruktive Oppositionspolitik als politische Kraft im Bezirk inzwischen ernst genommen werden, zeigt die Resonanz auf unsere Pressekonzferenz am 27. August zu »Frappant« und »Autobahndeckel«, zu der u.a. JournalistInnen von Morgenpost, Abendblatt und Altonaer Wochenblatt erschienen sind (siehe dazu auch den Mopo-Bericht in diesem Info). Wir werden auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass Privatisierung (Öffentlich-Private-Partnerschaften, also die indirekte Form der Privatisierung, werden ein wichtiger Tagesordnungspunkt unserer nächsten Mitgliederversammlung sein) und soziale Spaltung im Bezirk ständig auf der politischen Tagesordnung sind.

Für die nächsten Wochen steht die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren »Eine Schule für alle« im Zentrum unserer politischen Aktivitäten. Unsere Bezirksfraktion wird das auch zum Thema in der nächsten Bezirksversammlung machen.

Seit 1.9. hat Ike Büscher ihre Arbeit als Geschäftsführerin unserer Bezirksversammlungsfraktion aufgenommen. Dadurch ist nun gewährleistet, dass das Fraktionsbüro Am Felde 2 regelmäßig besetzt ist. Genaueres entnehmen bitte der Website der Fraktion.

Mit solidarischen Grüßen  
Beate Reiß/Bernhard Müller  
SprecherInnen DIE LINKE.Altona

# Aus der Bezirksfraktion

## Wie stehts im Altonaer Rathaus?

Schlecht, denn das Altonaer Rathaus gibt es gar nicht mehr. Eigentlich ist es noch nicht einmal mehr ein Bezirksamt, da es vor ein paar Jahren von der CDU/GAL-Koalition verkauft wurde. Heute müssen die SteuerzahlerInnen 21 Euro Miete im Monat für jeden Quadratmeter berappen. Tatsächlich stehen aber gewaltige Flächen vor allem im oberen Bereich leer, da die dort zuvor ansässigen Abteilungen des Bauamtes in das so genannte Technische Rathaus in der Jessenstraße umziehen mussten. Das »Technische Rathaus« wiederum gehört dem berüchtigten Frankfurter Groß-Spekulanten Selmi, der mit der Vermietung dieses Hauses, über das es auch einiges zu erzählen gäbe, ein wirkliches Schnäppchen gemacht hat.

In dieses mussten auch das Jugend- und Gesundheitsamt und das Grünamt umziehen, deren bisherige Räumlichkeiten in der Jessenstraße (aber eine Hausnummer weiter) bzw. im Jenischpark nun plötzlich leer stehen und ganz schnell verkauft werden müssen. Genau wie die bisherigen Büros des Bauamtes im Altonaer Rathaus, das eben kein Rathaus und kaum ein sonstiges Amt mehr ist, sondern darauf wartet, als Event-Braut einem potenten Bieter – man nennt es gerne Investor – angeboten und vermittelt zu werden.

Das Finanzamt in der Großen Bergstraße steht im Übrigen genauso zum Verkauf an wie die Gewerbeschule in der Museumsstraße. Ähnlich Schlimmes vollzieht sich in Lurup am Eckhoffplatz, wo unter Führung des Pirelli-RE-Konzerns (der Tochtergesellschaft des gleichnamigen Mailänder Reifenherstellers) ein weiteres Einkaufszentrum verwirklicht werden soll. Dazu gab es eine Anhörung in Lurup, zu der über 200 Bürgerinnen und Bürger erschienen und ihre sehr kritischen Fragen vortrugen, und dabei saßen sieben Herren in Nadelstreifen mit gut gebügelten Business-Hemden neben mir, denen wirklich nur die Mafia-Sonnenbrille fehlte. Die Vertreter des Amtes bejubelten hingegen fast schon den Investor (die sieben Mafiosi, die übrigens keine Italiener, sondern Deutsche waren...) nahezu euphorisch als Schaffer bzw. Garanten eines Luruper Stadtteilzentrums. Als die Leute sagten, ein »Lurup-Center« sei ja noch lange kein Stadtteil-Zentrum, man müsse doch wenigstens eine öffentliche Bank (Sitzbank), eine Post und eine Bücherhalle haben, wurde vom Amt (Stadtplanung) nur erwidert, dass dies allein die Angelegenheit des Investors sei, der allerdings trotz seinem Aufgebot mit sieben Herren nicht bereit war, einen Pieps über seine Absichten verlauten zu lassen.

Soviel für heute, liebe Genossinnen und Genossen, um rüberzubringen, was in diesen Sitzungen, Anhörungen usw. eigentlich abgeht. Toll wäre es natürlich, wenn ihr am Donnerstag, den 25.9., um 18 Uhr in die Bezirksversammlung (Altonaer Rathaus, Kollegienaal, 1. Stock) kommen würdet. Die Veranstaltung beginnt mit der Aktuellen Stunde zum Verkauf der Kleingärten und dem Bürgerbegehren dagegen.

Mit roten Grüßen!

Euer Robert Jarowoy

## Aktuelles aus dem Verkehrsausschuss

### LINKE für Tempo 30 in der Bernadottestraße

CDU/GAL-Mehrheit und der FDP-Vertreter haben in der Sitzung des Verkehrsausschusses der Bezirksversammlung Altona am 7.7.2008 den Antrag der LINKEN abgelehnt, in der Bernadottestraße (zwischen Liebermannstraße und Hohenzollernring) Tempo 30 einzuführen. Insbesondere die GAL hat sich damit endgültig von einer alternativen Verkehrspolitik verabschiedet.

Die LINKE griff mit ihrem Antrag entsprechende Forderungen der AnwohnerInnen und Schulen aus der Umgebung auf. Der Einwand von CDU und GAL, dass die infolge einer Temporeduzierung verlängerte Fahrtzeit zu unvermeidbaren Mehrkosten für den Betrieb der Buslinie 115 führen würde, ist nicht stichhaltig. Die von der Pinneberger Verkehrsgesellschaft mit ca. 190.000 Euro jährlich bezifferten Mehrkosten, die durch den Einsatz eines weiteren Busfahrzeugs entstünden, müssen hingenommen werden, um den Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit der Grundschulkinder sicherzustellen. Mittelfristig könnte der Fahrzeitverlust auf der Buslinie 115 durch Ampelvorrangschaltungen für die Linienbusse wieder kompensiert werden.

Unser Einsatz für Tempo 30 in der Bernadottestraße stößt auf positive Resonanz – die GAL gerät unter politischen Druck. So wandten sich die Anwohner Sigrid und Manfred Graff mit einem Brief an die Altonaer GAL. Dort heißt es u.a.: »Wenn sich Ihr Wahlversprechen im lokalen Bereich in dieser Form realisiert, sollten Sie ernsthaft über eine Streichung des Bestandteiles GRÜN im Namen Ihrer Partei nachdenken. Wir hier im Altona-Bereich hören diese Einschätzung ständig und mit großer Intensität. Es ist auffällig, dass ausgerechnet Die Linke sich publikumswirksam der Anliegen der Bevölkerung in diesen Belangen annimmt. Sie sollten im wohlverstandenen Eigeninteresse mehr auf die Stimmung in der Bevölkerung achten.«

### Auskunftersuchen für den Hohenzollernring gestartet

Die Linksfraktion hat ein Auskunftersuchen für den Hohenzollernring an die Behörde für Inneres gerichtet. Die Fraktion will von der Behörde wissen, ob im Abschnitt Hohenzollernring (ab Kreuzung Friedensallee), Daimlerstraße (bis Einmündung Bahrenfelder Steindamm) seit 1.1.2004 von der Polizei Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt worden sind.

Der Hohenzollernring ist ab der Kreuzung mit der Friedensallee als Tempo 30-Zone ausgewiesen. Im Anschluss daran ist die Daimlerstraße bis zur Einmündung Bahrenfelder Steindamm in die Tempo 30-Zone mit einbezogen.

In dem zuvor bezeichneten Abschnitt des Hohenzollernrings und der Daimlerstraße liegen der Kindergarten »Rasselbande« und die Max-Brauer-Gesamtschule. Hohenzollernring und Daimlerstraße haben im Straßennetz die Funktion einer Nord-Süd-Achse, die insbesondere in Hauptverkehrszeiten

stark befahren ist. Es muss daher insbesondere aus Gründen der Schulwegsicherung sichergestellt werden, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h tatsächlich eingehalten wird. Sollte das Auskunftersuchen Geschwindigkeitsübertretungen im erheblichen Umfang ergeben, muss über bauliche Maßnahmen nachgedacht werden.

#### Die LINKE fragt: Tempo 60-Zonen im Bezirk Altona?

CDU, Pro Partei (Schill) und FDP einigten sich im Rahmen ihrer Koalitionsvereinbarung zur Bildung eines gemeinsamen Senats Ende Oktober 2001 darauf, an Hauptverkehrsstraßen grundsätzlich Tempo 60 zuzulassen (vgl. Hamburger Morgenpost vom 11.10.2001, »Mit Vollgas durch die City«).

Dazu fragt die Linksfraktion die Behörde für Inneres: In welchen Hauptverkehrsstraßen (Senatszuständigkeit) des Bezirks Altona ist in der Regierungszeit des CDU/Pro Partei (Schill)/FDP-Senats (31.10.2001 bis 17.3.2004) und des anschließend allein regierenden CDU-Senats (17.3.2004 bis 7.5.2008) die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 60 km/h oder mehr erhöht worden? Auf die Antwort der Behörde sind wir gespannt. Sollte sich daraus ein Antrag unserer Fraktion ergeben, Tempo 60-Zonen aus Zeiten des Schwarz/Schill-Senats wieder abzuschaffen, werden wir uns das Abstimmungsverhalten der GAL sehr genau ansehen.

Karsten Strasser, Mitglied der Bezirksversammlung Altona

## Altona: Soziale Gestaltung statt schwarz-grünem Ausverkauf

von Robert Jarowoy und Bernhard Müller



Weitere Privatisierung verhindern

Gestaltung erschöpft sich bei der schwarz-grünen Koalition in Altona weitgehend im Verkauf öffentlichen Eigentums und der Lancierung von PPP-Projekten (Ottenser Hauptstraße), also indirekten Formen der Privatisierung. Die Liste der zum Verkauf anstehenden oder gerade verkauften Immobilien und Grundstücke ist lang. Sie reicht vom (ehemaligen) Jugend- und Gesundheitsamt über das (ehemalige) Finanzamt, die Gewerbeschule 10 bis hin zu Teilen des Jenischparks. Und wenn schon einmal ein Grundstück dazugekauft wird (Bauwagenplatz in der Gausstraße für 2,6 Mio. Euro, die aus dem »Grundstock« des Hamburger Haushalts genommen wurden), dann geht es auch dort um Kommerz und Renditeerwartungen und nicht um die dauerhafte Sicherung alternativer Lebensformen in Altona.

Zwei besonders prägnante Beispiele für das Scheitern bzw. die sozialen Folgen dieser Politik sind das jahrelange Tauziehen um den Frappant-Komplex im Herzen Altonas und der geplante Verkauf von Kleingartenarealen zur Finanzierung des Hamburger Anteils am geplanten Autobahndeckel.

#### Frappant: Enteignung statt Förderung der Spekulation

Das Frappant-Gebäude, das übrigens nur den (vom Altonaer Bahnhof gesehen) vorderen Betonkoloss umfasst, steht seit ungefähr fünf Jahren, seit dem Auszug Karstadts, praktisch leer. Es gibt lediglich ein paar Zwischennutzer wie den Secondhand-Klamottenladen Humana oder den Hafenklang im Exil. Der Komplex gehört einer Tochter der HypoVereinsbank und wurde nach diversen anderen Verkaufsversuchen vor einem

Jahr einem Schweizer Investor »anhand« gegeben. Eine »Anhandgabe« ist eine Verkaufsoption, die bis zur Umwandlung in einen Kauf die Erfüllung bestimmter, vor allem planungsrechtlicher Voraussetzungen erfordert. In diesem Falle wurde zwischen dem Bezirksamt und dem Investor (der »k-werkstatt«) ein so genannter städtebaulicher Vertrag geschlossen, dessen Inhalt nichtöffentlich ist. Städtebauliche Verträge regeln bei größeren, den Städtebau betreffenden Projekten, zumal, wenn sie in einem Sanierungsgebiet liegen (was hier der Fall ist), bestimmte Abfolgen von Leistungen und Verpflichtungen: seitens des Investors die Vorlage von Vormietverträgen künftiger Mieter, Finanzierungskonzepte und architektonische Gestaltungspläne; seitens des Amtes die Erteilung so genannte Bauvorbescheide, die dem Investor eine Planungssicherheit geben. Dabei geht es um Stellplätze (Tiefgaragen), Geschosshöhen, Fassadenvorgaben, Nutzungskonzepte usw.

Im vorliegenden Fall deutet vieles darauf hin, dass der Investor, die k-werkstatt, ihren Teil der Verpflichtungen nicht erfüllen können wird. Angeblich stehen bereits andere Investoren bereit. Diese Investoren warten aber lediglich ab, bis der Preis für das Grundstück weiter sinkt, damit sie es dann als Schnäppchen kaufen und irgendein neues, allein renditeorientiertes Projekt dort hochziehen können. Das wollen die Altonaerinnen und Altonaer aber genausowenig wie wir als Partei DIE LINKE.

Unsere Bezirksfraktion wird deshalb für die Bezirksversammlung Ende September einen Antrag auf eine planakzessorische Enteignung des Frappant-Komplexes stellen. Auf deutsch bedeutet dies, dass die Enteignung mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes verbunden werden soll, der sozialen Wohnungsbau und öffentliches Grün für dieses Areal festschreibt. Planakzessorische Enteignung bedeutet vor

allem, Enteignung zum Entschädigungswert (das sind nach Schätzungen der Finanzbehörde ca. 2,5 Mio. Euro) statt der marktmäßig momentan herumgeisternden Summen von 9 bis 11,5 Mio. Euro. Anschließend kann das Monstrum dann mit vom Bund stammenden Sanierungsmitteln abgerissen und an einen genossenschaftlichen Wohnungsbauer übergeben werden (mit der planerischen Auflage der Gestaltung öffentlichen Grüns und von sozialem Wohnungsbau).

Dieses nicht gerade revolutionäre Konzept ist rechtlich ohne Probleme umsetzbar. In Altenwerder und Neuenfelde wurden solche Maßnahmen zum Wohle der Hafenvirtschaft bzw. von Airbus locker durchgezogen. Es spricht also nichts dagegen, dieses Verfahren nun auch zum Wohle Altonas und seiner BewohnerInnen anzuwenden. Dass wir dabei überstimmt werden, ist anzunehmen, aber es ist uns politisch wichtig, diesen Aspekt der Enteignung bzw. der Kommunalisierung zumindest bei spekulativen Auswüchsen ins Gespräch zu bringen. Und wenn man mit den Leuten am Stand oder bei der Arbeit über die Energieversorger, die Bahn oder ähnliche ehemalige Staatsbetriebe redet, merkt man schnell, dass sich der Gedanke der Enteignung und Kommunalisierung dieser Infrastruktur-Versorgungs-Einrichtungen immer mehr ausbreitet.

#### Kleingärten als Bauernopfer

Nachdem der Bund Anfang der 1970er Jahre zum Bau der A7 eine Schneise durch Altona schlagen ließ und dabei insbesondere den Stadtteil Bahrenfeld zerschneidet, sind fast vierzig Jahre später Mittel bereit gestellt worden, mit denen ein Teil der A7 im Bereich Bahrenfeld/Stellingen überdeckelt werden könnte. Im Bereich Othmarschen ist hingegen nur die Errichtung einer Galerie vorgesehen. Der Hamburger Senat hat sich

Morgenpost, 29.8.2008

## Linke wollen Frappant-Besitzer enteignen

SWANTJE DAKE



Zwei graue Klötze erhitzen seit Jahren die Altonaer Köpfe: Das Frappant und das Forum-Gebäude an der Großen Bergstraße (Altona-Altstadt) stehen größtenteils leer. Bisherige Sanierungsversuche scheiterten, der derzeitige verzögert sich. Jetzt fordert Altonas Linke: Enteignet den Besitzer. Die Parlamentsneulinge wünschen sich eine Grünfläche und sozialen Wohnungsbau.

»Wir sind angetreten für mehr Bürgerbeteiligung«, so Bernhard Müller, Sprecher der Linken. Doch oftmals könnten die Menschen im Stadtteil ihre Meinung gar nicht äußern, da Entscheidungen erst getroffen, dann öffentlich gemacht werden. Müller nannte die Gewerbeschule 10 an der Museumstraße (Ottensen) als ein Beispiel, die verkauft und wohl zu einem Hotel umgebaut werden soll, und den Jenisch-Park, in dem eine Architektenakademie weitestgehend geplant war, als die Pläne an die Öffentlichkeit kamen.

Viel geplant wurde auch an der Großen Bergstraße. »Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass dieses Projekt scheitert«, so Fraktionsvorstand Michael Sauer. Das sehe nicht nur die Linke so. Nur seien andere auf der Suche nach neuen Investoren, anstatt den Rückkauf durch das Bezirksamt zu fordern. Das Bezirksamt glaubt weiterhin an den Investor aus der Schweiz. »Wir tun alles, damit die »K-Werkstatt« die Pläne verwirklicht«, so Rainer Doleschall vom Bezirksamt. Vergangene Woche hat der Investor angekündigt, erneut einen Architektenwettbewerb auszuschreiben und ein Büro in Hamburg einzurichten.

Ebenfalls ein Dorn im Auge ist der Linken der angedachte Verkauf von mehr als 700 Kleingärten. Mit dem Erlös soll eine seit Jahren geforderte Überdeckelung der Autobahn finanziert werden. »Da fällt Politikern und Verwaltung nur ein Flächenverkauf ein«, schimpft Müller, nennt aber keine Alternative, nur dass die Partei die Initiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum«, die Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf sammelt, unterstützt.

bereit erklärt, auch diesen Teil der A7 zu überdecken und die dafür erforderlichen 127 Mio. Euro aufzubringen, allerdings nur, wenn sie aus dem Verkauf öffentlicher Grundstücke in Altona kommen. Zum Verkauf vorgesehen sind nun u.a. die Altonaer Kleingärten.

Die Kleingärten wurden ebenso wie der Volkspark als Erholungs- und Gartenflächen von der damals noch selbständigen Stadt Altona zu Beginn des vorigen Jahrhunderts vor allem für die Bevölkerung der extrem dicht bebauten Quartiere in Ottensen und Altona-Altstadt bereitgestellt, um so einen Ausgleich für nicht vorhandene Grün- und Gartenflächen zu schaffen. Diese Funktion haben sie immer noch. Die Flächen wurden seit den 1970er Jahren mit dem Bau der A7, aber auch der systematischen Ausweitung des Stadion- und Arenenbereichs im Volkspark ständig reduziert und sollen jetzt ganz verdrängt werden. Sollte diese von der CDU/GAL-Koalition mit Unterstützung der SPD und FDP betriebene Politik erfolgreich sein, geht der Altonaer Bevölkerung ein wertvolles ökologisches und kostengünstig nutzbares Erbe unwiederbringlich verloren.

Die Politik des Verkaufs von öffentlichem Eigentum hat bei der Altonaer Bevölkerung keine Mehrheit. Das Bürgerbegehren bzw. der Bürgerentscheid der Initiative »Apfelbaum



braucht Wurzelraum« gegen den Verkauf der Kleingärten in Altona werden dies erneut unter Beweis stellen. Ein eindrucksvolles Votum gegen den Verkauf kann zudem dazu beitragen, dass der nun schwarz-grüne Hamburger Senat sich - anders als beim Bismarckbad - nicht einfach über den »Volkswillen« hinwegsetzt. Deshalb unterstützt DIE LINKE.Altona die Initiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum«!

Unser Flugblatt über den Autobahndeckel und die Kleingärten könnt ihr downloaden unter: [http://www.die-linke-hh.de/fileadmin/user\\_upload/bv\\_altona/DIE\\_LINKE\\_Altona\\_Flugblatt\\_Kleingaerten\\_\\_08\\_2008\\_niedrig.pdf](http://www.die-linke-hh.de/fileadmin/user_upload/bv_altona/DIE_LINKE_Altona_Flugblatt_Kleingaerten__08_2008_niedrig.pdf)  
Gedruckte Exemplare für die Infotische gibt es in unserem Parteibüro, Am Felde 2.

# Unterstützung des Volksbegehrens »Eine Schule für alle!«



Wir Altonaer LINKEN werden - wie der gesamte Landesverband - die Unterstützung des Volksbegehrens »Eine Schule für alle!« in den nächsten Wochen zum Schwerpunkt unserer politischen Aktivitäten machen (siehe dazu auch den Beitrag von Anita Friedetzky in diesem Info). Als Teil des Bündnisses »Eine Schule für alle!« setzen wir unsere organisatorische Kraft dafür ein, dass die erforderliche Zahl von Unterstützungsunterschriften zusammenkommt: Von Freitag, den 19.9.2008, bis Donnerstag, den 9.10.2008, müssen landesweit ca. 70.000 Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt werden. Dieses Ziel werden wir nur erreichen können, wenn wir unsere Kräfte gut organisiert und gezielt einsetzen.

Damit dies erreicht wird, hat unsere Partei auf Bezirksebene eine Koordinierungsgruppe gebildet. Ihr gehören an: Gerd Laueremann, Tel. 317 931 31  
Horst Schneider, Tel. 890 25 87  
Karsten Strasser, Tel. 390 85 55

Für den Bezirksverband Altona schlägt die Koordinierungsgruppe folgende Maßnahmen vor:

- Vernetzung der Aktivitäten mit den übrigen Bündnisorganisationen. Ein gemeinsames Treffen ist am Freitag, den 5.9.2008 um 15.30 Uhr im Parteibüro, Am Felde 2.
- Die Unterschriftensammlungen sollen schwerpunktmäßig über die Stadtteilgruppen organisiert werden. Auf ihren Gruppentreffen sollten die Stadtteilgruppen sicherstellen,

dass an den Sonnabenden - 20.9., 27.9. und 4.10.2008 - Informationsstände in den Stadtteilen stattfinden, und ggf. weitere Termine für Unterschriftensammlungen festlegen. Dies ist mit den übrigen Bündnisorganisationen abzustimmen (Unterstützung bei Beantragung von Infoständen, verantwortlich: Karsten Strasser).

- Die Stadtteilgruppen Ottensen und Lurup/Osdorf/Iserbrook sollten ihre bisherigen Unterschriften-Aktionen - Unterstützung des Bürgerbegehrens der Initiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum« (Ottensen) und »Mieterhöhungen verhindern - Mietpreisbindung erhalten« (Lurup/Osdorf/Iserbrook) - weiterführen und nach Wegen suchen, die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren mit einzubeziehen.
- Die Infostände werden mit Stellschildern DIN A 1 angekündigt. Außerdem werden die Terminhinweise an die lokale Presse weitergegeben (verantwortlich: Karsten Strasser).
- Im Bezirk Altona werden 150 Stellschilder DIN A 0 mit dem Plakat des Volksbegehrens aufgestellt (Verantwortlich: Horst Schneider, Karsten Strasser).
- Als Informationsmaterial steht das Faltblatt »Eine Schule für alle - 13 Gründe« unseres Landesverbandes zur Verfügung. Er kann im Parteibüro, Am Felde 2, abgeholt werden.

Um das Volksbegehren zu einem Erfolg zu machen, brauchen wir viele Helferinnen und Helfer. Gerechte Bildungschancen für alle zu erreichen, ist eng verknüpft mit unserem Ziel, die soziale Spaltung unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Deshalb

beteiligt euch zahlreich an der Unterstützung des Volksbegehrens »Eine Schule für alle!«.

Karsten Strasser

Abschließend wird noch auf zwei Termine hingewiesen:

**Auftaktveranstaltung: Jetzt geht's los!**

Am Donnerstag, den 18. September, um 19:30 Uhr  
Ida-Ehre-Schule, Bogenstr. 36, Eimsbüttel.

**Bürgerschaftsfraktion vor Ort: »Eine Schule für alle!«**

Am Mittwoch, den 8. Oktober, um 19:30 Uhr  
Theodor-Haubach-Schule, Haubachstraße 55, Altona-Nord  
Referentin: Dora Heyenn, Vorsitzende der Fraktion  
DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

## Eine Schule für Alle

Von Anita Friedetzky

Wir erinnern uns: Außer in Österreich und in Deutschland gibt es in allen europäischen Ländern in der einen oder anderen Form bereits die »Schule für Alle«. Selbst die Hamburger Lobby der Händler und Handwerker wäre für eine Schule, in der eben alle Talente aus allen sozialen Schichten gefördert würden. In Deutschland muss deshalb mit allen fortschrittlichen und aufgeklärten Kräften dafür gekämpft werden.

Es wird knapp werden: drei Wochen, um 61.000 Unterschriften zu sammeln, ist eine verflucht kurze Zeit! Aber das ist die Voraussetzung dafür, dass »Eine Schule für Alle« in Hamburg endlich Realität werden könnte!

Zwischen dem 19. September und dem 9. Oktober 2008 müssen deshalb alle, die sich irgendwie Zeit und Energie abknapsen können, auf die Straßen und in die Häuser, zu Bekannten, Nachbarn, Freunden und Fremden, um aufzuklären und Unterschriften zu bekommen – allerdings nur von Menschen, die auch in Hamburg wohnen.

Wenn das Volksbegehren erfolgreich sein wird, könnten 2009 beim darauf folgenden Volksentscheid für »Eine Schule für Alle« alle stimmberechtigten HamburgerInnen abstimmen. Würde sich dann die Mehrheit dafür aussprechen, könnte 2012 die Schule für Alle eingeführt werden.

Dass sich die herrschende schwarz-grüne Koalition nicht ganz so sicher über den Ausgang der ganzen Kampagne ist, beweist die Tatsache, dass auch sie einige Maßnahmen im Rahmen der Schulstrukturveränderung (das »Zweisäulenmodell« von Stadtteilschulen und Gymnasien) zeitlich nach hinten verschoben hat. Man will offenbar das Volksbegehren abwarten, was nicht heißt, dass nicht kräftig Stimmung gegen die Kampagne gemacht werden würde. So wird weiter für das Gymnasium getrommelt als vermeintlich »besserer Schulform«, die in Wirklichkeit das Prädikat »besser« verdient, aber nur als »Schulform der Besserverdienenden«.

Und auch die GAL-Variante von Bildungs-Chancengleichheit, nämlich »das längere gemeinsame Lernen« in einer neu zu konstituierenden Primarschule (die sich »frei« für eine Kooperation mit einem Gymnasium oder einer Stadtteilschule entscheiden kann und wo dann die Eltern lediglich noch im Kindergarten den »freien« Willen haben dürfen, auf welche Primarschule sie ihr Kind dann schicken, danach dürfen nur

noch die LehrerInnen entscheiden, ob ein Kind gymnasial- oder stadteilfähig ist) ist eine Nebelkerze auf dem Weg zur Zerstörung all dessen, was noch an Positivem im bestehenden öffentlichen Bildungs- und Schulwesen existiert, auch wenn es in Richtung »linke« Grüne als »erster Schritt in die richtige Richtung«, nämlich »Eine Schule für Alle«, verkauft wird.

Die Grundschule ist bislang die einzige »Eine Schule für Alle«, die noch funktioniert. In ihr müssen noch alle Talente gefördert werden. In den Grundschulklassen sind noch alle Begabungen zusammen. Nicht zuletzt deshalb ist die Grundschuldidaktik auch viel weiter in punkto »individuelle Lernformen« und »individuelles Fördern« als die Sek-1-Diaktik in den Klassen 5-10, wo der Unterricht in der Regel nach wie vor frontal stattfindet. Das Gymnasium vorneweg – trotz der lobenswerten Bemühungen einzelner Kolleginnen.

Warum also musste eine »Reform« der Primarschule angeschoben werden, statt die bestehenden Grundschulen einfach hoch wachsen zu lassen? Und dann auch noch verbunden mit einem Mitbestimmungsbrimborium (Regionalkonferenzen, Schulkonferenzen), das pure Augenwischerei ist, weil diese Konferenzen keinerlei echte Entscheidungsbefugnisse haben werden, sondern in meinen Augen reine Beschäftigungsprogramme für alle Beteiligten darstellen (denen sich aber dennoch auch keiner zu verweigern wagt). All diese neu geschaffenen Gremien, die unter anderen Bedingungen sinnvoll sein könnten, dürfen lediglich mitreden, aber nicht mitbestimmen. Wozu also das Ganze?

Verständlich werden alle diese Manöver m. E. erst dann so richtig, wenn sie nicht nur im Hamburger, sondern im Globalisierungsrahmen gesehen werden. Hier war und ist das Ziel, die Privatisierung all jener Bereiche, von denen das Kapital sich Profite verspricht, bis zum Äußersten auszuweiten. Und so funktioniert es: Zerstörte öffentliche Bildungsbereiche rufen dann die Privaten als »Helfer in der Not« auf den Plan, die Garantien geben (ob berechtigt oder nicht, ist eine andere Frage), die die Öffentlichen nicht mehr geben können. Dann wird sich »Sicherheit« (zum Beispiel: »Da kann mein Kind in Ruhe lernen. Da kann es dann hoffentlich Abitur machen.«) gekauft – und diejenigen, die sich das nicht kaufen können, werden dann notdürftig vom Staat »versorgt«.

Noch haben wir öffentliche Schulen, die mehr als das sind, auch wenn es sie ungeheure Anstrengungen angesichts von zunehmend kontraproduktiven »Bildungsmaßnahmen« und Kaputtspargprogrammen kostet.

Bis sich das US-amerikanische Zweisäulenmodell (vermeintlich gute Private, »Eliteschulen«, einerseits und gebeutelte Öffentliche andererseits) durchgesetzt hat, ist es aber nur noch eine Frage der Zeit. Schon jetzt wird jede Woche (!) in Deutschland eine neue Privatschule eröffnet. Schon jetzt beträgt der vom Staat geförderte Anteil an jedem privaten Schüler 75% in Hamburg (statt 40% wie noch bis 2003, was auch schon viel ist). Und diese 75% werden von den SteuerzahlerInnen aufgebracht, die in ihrer Mehrzahl kein Geld haben, um ihre Kinder auf die Privatschulen zu schicken, die sie mitfinanzieren, während die öffentlichen Schulen ihrer Kinder kaputtgespart werden. Wer saht hier bei wem ab? Für wen?

Die öffentliche Förderung der Privatschulen wird u.a. damit begründet, dass sie eigentlich keine soziale Selektion betreiben sollen. Andererseits dürfen sie aber nehmen, wen sie wollen und ablehnen, wen sie wollen. Und nachdem sie derart vorsortiert haben, entpuppen sie sich dann als »Eine Schule für alle Privaten«, in der nicht mehr selektiert wird, weil allen eine Chance gegeben werden soll. Siehe z.B. die Waldorfpädagogik.

Sicherlich entbehrt meine Argumentation nicht einer gewissen Oberflächlichkeit. Die Kompliziertheit und Komplexität von bildungspolitischen Diskussionen sind m.E. aber Teil

einer Verwirrungsstrategie, die mögliche AkteurInnen lähmen und so Gegenstrategien verhindern soll. Die Mehrheit des Volkes soll für dumm verkauft werden – im wahrsten Sinne des Wortes. Lassen wir uns also nicht bluffen! Halten wir fest an unserer Vorstellung und Forderung vom Recht eines jeden Menschen (Kindes) auf Bildung und Unversehrtheit. Beharren wir weiter darauf, dass es eine Chancengleichheit in der Bildung gibt, die nicht vom Geldbeutel und vom sozialen Status abhängig ist; dass nicht selektiert, sondern differenziert und gefördert wird, wie es jedes einzelne Kind, jeder einzelne Mensch braucht.

Hamburg kommt in Sachen neoliberaler Politik und Privatisierung – da dürfen wir uns nichts vormachen – eine Vorreiterrolle zu. Nicht zuletzt ist Hamburg das einzige Bundesland, in dem das »Arbeitszeitmodell« für LehrerInnen durchgedrückt werden konnte. Bei diesem »Arbeitszeitmodell« wurde die Zeit, die ein/e LehrerIn braucht, um dieses oder jenes zu tun, selbstredend so bemessen, dass mal eben 1.000 LehrerInnen eingespart wurden, die eigentlich hätten eingestellt werden müssen, und bei dem die eigentliche pädagogische Arbeit als »Engagement« definiert zum privaten Vergnügen wurde. Ich könnte eine ganze Reihe anderer Maßnahmen und ihrer fatalen Auswirkungen aufzählen, die allesamt nur wirklich zu verstehen sind, wenn sie unter dem Gesichtspunkt »Was bringt das für das Ziel Privatisierung, bzw. Zerschlagung des öffentlichen Sektors?« betrachtet werden.

## Rote Flora geschlossen



Rote Flora am Schulterblatt

Noch nicht einmal vernünftige Schuhe zum Demonstrieren zog ich an. Ein Genosse hatte angerufen und gesagt, in der Roten Flora würde in einer guten halben Stunde ein Plenum stattfinden, um über den Polizeieinsatz und das gewaltsame Eindringen in die Flora zu diskutieren. Ich gab eine entspre-

chende Mail in den Altonaer Verteiler, ließ alles stehen und liegen und fuhr hin.

So ähnlich muss es vielen gegangen sein. Der große Raum war proppvoll. Zeuginnen schilderten die Vorfälle: Nach einer Soliparty am Samstag, dem 5. Juli, die bis in die frühen

Morgenstunden dauerte, hatte auf der »Piazza« ein Typ mit einer Frau eine erst lautstarke und dann offenbar gewalttätige Auseinandersetzung, bei der er die Frau sogar würgte. Sowohl AnwohnerInnen als auch Reste des Soliparty-Publikums kamen ihr daraufhin zu Hilfe. Einer der Helfer sprühte wohl Pfefferspray in die Augen des Mannes, um ihn zum Loslassen zu zwingen.

Währenddessen müssen AnwohnerInnen bereits die Polizei alarmiert haben, die auch prompt kam und den Aggressor zur Rede stellen wollte. Dieser aber behauptete, einem rassistischen Angriff ausgesetzt gewesen zu sein und zeigte auf einen der Floraleute. Daraufhin versuchten Beamte, den von ihm Gezeigten festzunehmen – was wir, wenn es sich um einen tatsächlichen rassistischen Angriff gehandelt hätte, ja begrüßt hätten. In diesem Fall aber löste das berechnete Empörung aus und führte schlussendlich dazu, dass die Polizei trotz massiver Verstärkung den fälschlicherweise des Rassismus Bezichtigten nicht festnehmen konnte. Ein Polizeiauto war wohl auch von einem Stein getroffen worden.

»Gefangenenbefreiung« lautet später der Vorwurf, »Widerstand gegen die Staatsgewalt«, »Körperverletzung« und »Landfriedensbruch«. Die Floraleute zogen sich danach in die Flora zurück, die anfangs von ca. 20 Beamten umstellt wurde. Ein herbeitelefonierter Floraaktivist und ein Rechtsanwalt versuchten zu vermitteln. Man wolle die Person, die Steine geworfen habe, hieß es von Seiten der Polizei, und man wolle die Personalien aller. Etwa 15 Leute verließen daraufhin freiwillig die Flora, etwa 20 Leute blieben aber drin. Sie wollten zum Personalienprozedere die Tür nicht freiwillig öffnen.

Drei Hundertschaften fuhren auf, zwei Wasserwerfer und der technische Zug der Bereitschaftspolizei. Plötzlich war die Polizeizentrale in Alsterdorf zuständig. War etwa die ganze Stadt Hamburg in Gefahr? Zwei Stunden brauchten die Ordnungshüter, um die Eingangstür zur Flora gewaltsam zu öffnen. Sie nutzten die Gelegenheit und stürmten, obwohl völlig überflüssig und gegen die Absprachen mit den Vermittlern, auch noch weitere Räume. Alle, die sich zu dem Zeitpunkt in der Flora aufhielten, mussten sich auf den Boden legen und wurden festgenommen, darunter drei Leute unter 18 Jahren. Alle wurden einzeln rausgeführt. Die Person, die Steine ge-

worfen haben soll (offizieller Anlass für das gewaltsame Eindringen, wir erinnern uns!), war aber gar nicht dabei.

Das Ganze spielte sich etwa zwischen 5.45 Uhr und ca. 13.00 Uhr ab. Es folgte eine Presseerklärung der Floraaktivisten, das Plenum gegen 18.00 Uhr, an dem rund 80 Leute teilnahmen und ab ca. 19.00 Uhr dann eine Demo unter dem Motto »Gegen Sexismus und Repression«. Sie wuchs bei ihrem Weg durchs Schanzenviertel auf schätzungsweise 1.000 (tausend) TeilnehmerInnen an – trotz kurzfristiger Mobilisierung, üblicher schikanöser Auflagen und des in Hamburg offenbar zur skandalösen Gewohnheit werdenden Wanderkessels der Polizei (mit schwarz-grünen Streifen).

Die Rote Flora besteht nunmehr seit fast zehn Jahren. Sie ist seit November 1989 besetzt. Sie gehörte schon immer zu Altona und hatte hier selbst in höheren Etagen zumindest einen heimlichen Fan, wie mir ein Aktivist erzählte. Auch wenn es so scheint, als gäbe es für ihre Existenz inzwischen ein gewisses Gewohnheitsrecht, so deuten doch Polizeiaktionen wie die geschilderte und die anschließende dumpfe Medienhetze in der Stadt darauf hin, dass die Regierenden den Flora-AktivistInnen und Besuchern immer wieder zeigen wollen, woher der Wind weht und wer das Sagen in Hamburg hat.

30 Verfahren sind wegen der Polizeiaktion noch anhängig. Sie sollten schleunigst u.a. deshalb eingestellt werden, weil es höchste Zeit ist, dass diejenigen, die Frauen (und nicht nur Frauen) bei gewalttätigen Angriffen helfen, dazu ermuntert und darin unterstützt – und nicht auch noch dafür bestraft werden!

Übrigens: Die Rote Flora ist seit dem 25. August geschlossen. Aber nicht durch die Staatsmacht, sondern wegen selbstbestimmter Renovierungsarbeiten pünktlich zum Zehnjährigen. Sympathisierende Handwerker, Statiker und Architekten sorgen für vorschriftsmäßige Ausführung. Die AktivistInnen werden ihr inhaltliches Konzept der Selbstbestimmung aber nicht an irgendeinen Nagel hängen! Und das ist gut so, denn linke Orte werden gebraucht und es gibt viel zu wenige!

Die Wiedereröffnung der Roten Flora erfolgt voraussichtlich am 18. September 2008.

Anita Friedetzky

## Hamburg: »Land unter«

Mit einer Tretbootaktion, Straßentheater, Musik und Tanz protestierten im Rahmen des Antira- und Klima-Camps ca. 200 bis 300 Leute am 20. August 2008 auf der Reesendammbrücke am Jungfernstieg gegen den u.a. mit deutscher Hilfe geplanten Bau eines Staudamms im kurdischen Teil der Türkei.

Wäre es vorstellbar, dass in Deutschland ein so riesiger, alles vernichtender Staudamm gebaut würde? Oder dass alte Kulturdenkmäler einfach versenkt, die BewohnerInnen einer Stadt einfach vertrieben und die Stadt geflutet werden würde? Symbolisch schon. Und das taten denn auch mehrere

Dutzend AktivistInnen in Tretbooten. Sie versenkten Hamburg als Kulisse auf recht wetter- und wasserfesten Transparenten in der Alsterbrühe (in der angeblich ja wieder gebadet wird) und schipperten nach einem kurzen Törn unter der Reesendammbrücke hindurch wieder in Richtung Außenalster davon.

Leider war die eindrucksvolle Aktion zu lautlos und wurde von den Jungfernstiegggeräuschen übertönt, sodass viele Passanten sie nicht mitbekamen. Auch, dass irgendwo unter der Brücke die Bannmeile ums Rathaus verlief, wussten und wissen viele nicht.



Tretbootaktion auf der Außenalster

Der Tretboot-Törn veranlasste die Polizei denn auch zu ihrem einzigen massiveren Auftreten. Im Falle von Bannmeilen-Verletzung bestehe Strafverfolgungspflicht, so die Begründung. Mehrere Polizeiboote verfolgten deshalb die TretbootfahrerInnen und nahmen deren Personalien auf. Darüber hinaus verhängten sie ein Platzverbot gegen die Aktivistinnen.

Insgesamt hatte die Polizei sich zurückgehalten. Die fantasiereichen Darbietungen (ein Höhepunkt war Robert Jarowoy in der Rolle eines kurdischen Dorfpaschas) konnten ungehindert stattfinden. Der Zuspruch der Zuschauer und Passanten war groß, und es konnten eine Reihe Unterschriften gegen den Staudamm-Bau und für den Ausstieg Deutschlands aus dem Projekt gesammelt werden.

Leider gab es in den Medien keinerlei Echo. Die Aktion war wohl nicht sensationsgeil genug. Fantasie und Aufklärung allein holen die Presse nicht hinterm gleichgeschalteten Ofen hervor, vor allem nicht, wenn es um den deutschen Anteil an Krieg und Zerstörung geht – am Erhalt des imperialistischen Systems eben.

Der Ilisu-Staudamm im kurdischen Teil der Türkei soll ein Gebiet riesigen Ausmaßes überfluten. Abgesehen von den ökologisch und gesundheitlich inzwischen hinlänglich bekannten gefährlichen Folgen, würde das die Vertreibung von 55.000 KurdInnen und die Zerstörung ihrer Dörfer und Lebensgrundlage bedeuten und darüber hinaus das unwiederbringliche Versinken der 9.000 (neuntausend) Jahre alten Kulturstadt Hasankeyf.

Und Deutschland sitzt mal wieder mit im Boot: durch eine großzügig gewährte Hermesbürgschaft und in Gestalt der Erbauerfirma Züblin.

Wenn es einen Ort gibt, der den Zusammenhang zwischen Flucht und Vertreibung deutlich macht, dann ist es deshalb dieses horrende Projekt. BewohnerInnen Hasankeyfs begaben sich denn auch bereits zu den Botschaften der beteiligten europäischen Länder – Deutschland, Österreich und der Schweiz – und beantragten, sozusagen präventiv, Asyl. »Wenn ihr den Staudamm baut, dann müsst ihr auch die Konsequenzen tragen und uns in euren Ländern Zuflucht gewährleisten«, so ihre Botschaft.

Mit dem Staudammprojekt würde die Türkei (und die NATO) aber auch noch weitere Möglichkeiten für sich erschließen: Man könnte den angrenzenden Ländern Irak und Syrien sprichwörtlich den Hahn zudrehen, wenn diese nicht gefügig sind, und in den Tausenden von Jahren alten Höhlenwohnungen, überhaupt in der ganzen dann unter Wasser gesetzten Region, könnten sich auch keine Guerilla-KämpferInnen (z.B. von der seitens der Türkei und Europas so verhassten PKK) mehr verstecken. Dem kurdischen Befreiungskampf, so die, wenn auch öffentlich unausgesprochene, Hoffnung, würde ein wichtiges Operationsgebiet genommen werden.

Blieben die Europäer, allen voran Deutschland, beteiligt, könnten sie sich nicht damit herausreden, von all diesen Folgen nichts gewusst zu haben. Die NATO-Länder würden sich in ihrer doppelbödigen Haltung gegenüber der angeblich nicht ins demokratische Profil passenden Türkei selbst entlarven. Ich nehme dennoch mal an, dass ihnen das scheißegal wäre, weil es hier nämlich »um zu viel geht«, wie es ein Passant ausdrückte.

Anita Friedetzky

## Aus der Partei

Die Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook ist während der Sommerpause nicht untätig gewesen. Wie schon im Mitgliederinfo Juni ausführlich besprochen und angekündigt, haben wir unsere Initiative zum Sozialen Wohnungsbau »Wegfall der Mietpreisbindung – Hände weg von Mieterhöhungen« erfolgreich gestartet. Im Juli konnten wir in den Stadtteilen Lurup, Osdorf und Iserbrook 3.000 Flyer vor allem an die betroffenen Haushalte verteilen und zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung im Klick-Kindermuseum im Borncenter einladen. Am Osdorfer Born ist die Lage besonders verzweifelt. Uwe Dittmer von der Mieterini Osdorfer Born befragte Betroffene in ihren Wohnungen und stellte uns das Material zur Verfügung. Hier einige Originalaussagen von Mietern:

Frau M.: »Für diese Wohnungen und dieses Umfeld finde ich die Mieten jetzt schon zu teuer.« Frau P: »... ich weiß zwar noch nicht wohin, aber soviel Miete für diesen GWG Wohnraum mit feuchten Wänden und altem Badezimmer – NIE-MALS!« Frau Unbekannt: »Ich bin eine alte schwerbehinderte Mieterin – von Tag zu Tag wird es immer schwieriger zu leben – ... wenn die Miete drastisch erhöht wird, weiß ich nicht mehr weiter ... – ... da falle ich lieber tot um.«

Die Ratlosigkeit und Verzweiflung der Betroffenen im Angesicht der Willkür von SAGA und GWG setzte sich auf unserer Veranstaltung am 13. Juli fort. Wir versprachen den Menschen, sie mit ihrem Unmut und der Ohnmacht nicht al-

lein zu lassen und unser Möglichstes zu tun, um sie in ihrem Anliegen zu unterstützen. Noch am gleichen Tag begannen wir unsere Unterschriftenkampagne, an der sich inzwischen viele Betroffene beteiligten und selber in ihrem Umfeld sammelten, um diese Listen wieder an unseren Infoständen abzugeben.

Zurzeit zählen wir 322 Unterschriften – viele Listen sind noch im Umlauf. Die Aktion wird fortgesetzt. Unser Ziel ist es, mit Hilfe dieser Unterschriften einen Antrag an den Regionalausschuss II zu stellen, der die Bezirksversammlung Altona auffordern soll, unser Anliegen an den Senat heranzutragen und somit an die GAL-Senatorin Anja Hajduk (Aufsichtsratsvorsitzende von SAGA/GWG) zu appellieren, die drohenden Mieterhöhungen (möglich sind 20% innerhalb von drei Jahren) moderat zu halten oder besser ganz auszusetzen.

Unterstützung von den anderen Parteien ist nicht zu erwarten. Obwohl auch sie, allen voran die SPD, eine drastische Erhöhung der Mieten bis zum Limit des mittleren Mietenspiegels nicht befürworten, haben sie nicht die Absicht, etwas zu unternehmen und belächeln unsere Initiative.

Zusätzliche Informationen findet ihr auf unserer Internetseite unter: <http://www.die-linke-hh.de/partei/bezirke/altona/stadtteilgruppen/sg-luruposdorfiserbrook.html>

Susanne David, Sprecherin SG Lurup/Osdorf/Iserbrook

## Termine

**Montag, 15.9.: Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona**  
19:30 Uhr, Am Felde 2

**Freitag, 19.9.: Rechtsextremismus**  
18:00 Uhr, Georg-Asmussen-Haus, Böckmannstraße 3  
Bildungsveranstaltung des Landesverbands DIE LINKE.Hamburg mit zwei Teamern aus unserem Bezirksvorstand: **Dirk Kölsche** und **Bernhard Müller**. Was sind die gesellschaftlichen Ursachen für Rechtsextremismus? In welchen Formen tritt er auf? Was unterscheidet ihn vom Faschismus? Wie kann DIE LINKE den Rechtsextremismus bekämpfen?

**Donnerstag, 25.9.: Bezirksversammlung Altona**  
18:00 Uhr, Altonaer Rathaus

**Freitag, 26.9.: Rolf Becker liest aus dem Manifest**  
19:00 Uhr, Altonaer Rathaus, Kollegiensaal

**Donnerstag, 2.10.: Zur Programmdebatte der Linken**  
Diskussionsveranstaltung mit **Elmar Altvater**  
18:00 Uhr, Georg-Asmussen-Haus, Böckmannstraße 3

**Montag 6.10.: DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand**  
19:30 Uhr, Am Felde 2

**Montag 20.10.: Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona**  
19:30 Uhr, Am Felde 2

## Stadtteilgruppen

**Stadtteilgruppe Altona-Altstadt**  
Nächstes Treffen: bitte erfragen  
Kontakt: Werner Haertel, Tel.: 040/200 54 67

**Stadtteilgruppe Altona-Nord**  
Nächstes Treffen: 23.9., 19:30 Uhr, Am Felde 2  
Kontakt: Stefan Ziefle, Tel.: 040/38 61 25 42  
Marcel Bois, Tel.: 040/43 27 28 61

**Stadtteilgruppe Bahrenfeld**  
Nächstes Treffen: 17.9., 19:30 Uhr, »Mokka«-Café,  
Bahrenfelder Chaussee 29/Ecke Mendelsohnstraße  
Kontakt: Horst Schneider, Tel.: 040/890 25 87  
Karsten Strasser, Tel.: 040/390 85 55

**Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook**  
Nächstes Treffen: 11.9., 19:30 Uhr, Stadtteilhaus Lurup,  
Böverstand 38  
Kontakt: Susanne David, Tel.: 040/560 57 26  
Dirk Kölsche, Tel.: 040/28 78 16 72

**Stadtteilgruppe Ottensen**  
Nächstes Treffen: 13.10., 19:30 Uhr, Am Felde 2  
Kontakt: Beate Reiss, Tel.: 040/39 63 86